

Kapitalmarktrechts-Kommentar

Schwark / Zimmer

5. Auflage 2020
ISBN 978-3-406-67148-7
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Schwark/Zimmer
Kapitalmarktrechts-Kommentar


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Kapitalmarktrechts- Kommentar

Börsengesetz mit Börsenzulassungsverordnung,
Wertpapierprospektgesetz, Wertpapierhandelsgesetz,
Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz,
Europäische Marktmissbrauchsverordnung

Herausgegeben von

Prof. Dr. Eberhard Schwark

Prof. Dr. Daniel Zimmer, LL. M.

bearbeitet von

Prof. Dr. Martin Böse
Universität Bonn

**Prof. Dr. Matthias Lehmann, D. E. A.,
LL. M., J. S. D.**
Universität Bonn

Günter Doleczik
Wirtschaftsprüfer in Stuttgart

Prof. Dr. Ulrich Noack
Universität Düsseldorf

Dr. Torsten Fett
Rechtsanwalt in Frankfurt a. M.

Andres Prescher
Rechtsanwalt in Frankfurt a. M.

Dr. Anna Heidelberg
Rechtsanwältin in Frankfurt a. M.

Dr. Thomas Preuße
Rechtsanwalt in Berlin

Prof. Dr. Jan von Hein
Universität Freiburg

Dr. Kay Rothenhöfer
Rechtsanwalt in Frankfurt a. M.

Prof. Dr. Joachim Hennrichs
Universität zu Köln

Dr. Lars Röh
Rechtsanwalt in Berlin

Dr. Timo Holzborn
Rechtsanwalt in München

Prof. Dr. Eberhard Schwark
Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Jens Koch
Universität Bonn

Prof. Dr. Dirk Zetzsche, LL. M.
Universität Luxemburg

Prof. Dr. Christoph Kumpan, LL. M.
Bucerius Law School in Hamburg

Prof. Dr. Daniel Zimmer, LL. M.
Universität Bonn

5. Auflage
2020



Zitiervorschlag:
Schwark/Zimmer in Schwark/Zimmer § 1 WpHG Rn. 1


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 67148 7

© 2020 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Satz, Druck und Bindung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Das Kapitalmarktrecht hat seit der letzten Auflage des Kommentars zahlreiche und tiefgreifende Änderungen erfahren. Sie lassen sich zum Teil als fortdauernde Reaktion auf die Finanzkrise 2008 erklären. Zu einem größeren Teil dürften sie aber auf das finanzpolitische Ziel der EU, neben der Bankenunion eine Kapitalmarktunion zu schaffen, zurückzuführen sein.

Im Vordergrund des umfangreichen neuen Regelungsrahmens steht seit Anfang 2018 das die EU-Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID II) umsetzende Wertpapierhandelsgesetz. In Paragrafenzählung und Inhalt unterscheidet es sich fundamental vom bisherigen Recht. Bereits während der mehrjährigen Umsetzungsperiode der EU-Richtlinie haben wesentliche Regelungskomplexe des früheren WpHG eine neue Gestalt erhalten. So wurden die materiellen Vorschriften über Insiderhandel, Ad-hoc-Publizität und Marktmanipulation aus dem WpHG herausgenommen. Sie finden sich in der Marktmissbrauchs-Verordnung (MAR) der EU, die in dieser Auflage eingehend kommentiert wird.

Zeitlich teils vor der MiFID II, teils gleichzeitig mit ihr sind weitere finanzmarktregelnde EU-Verordnungen in Kraft getreten. Aus der Zeit vor Inkrafttreten der MiFID II sind beispielhaft die Verordnung über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (EMIR) und die Leerverkaufsverordnung zu nennen. Zeitlich mit dem neuen WpHG anwendbar wurden die Verordnung über Märkte für Finanzinstrumente (MiFIR) und die PRIIP-Verordnung über Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger. Zur MiFID II ist darüberhinaus eine Vielzahl von Durchführungsverordnungen der EU-Kommission in Form von delegierten Verordnungen erlassen worden. Diese Regelwerke der EU werden ebenso wie einschlägige Verlautbarungen der Aufsichtsbehörden im Kontext der Kommentierung des nationalen Rechts berücksichtigt.

Gesetzpolitisch betrachtet, ist die kapitalmarktrechtliche Entwicklung der letzten Jahre dadurch gekennzeichnet, dass verstärkt an die Stelle umsetzungsbedürftiger EU-Richtlinien unmittelbar geltende EU-Verordnungen getreten sind, so dass der Gestaltungsspielraum des deutschen Gesetzgebers auf diesem Rechtsgebiet erheblich reduziert worden ist. Nimmt man die Delegierten Verordnungen der Kommission hinzu, ist so ein schwer überschaubares Mixtum aus nationalem und EU-Recht entstanden.

Wie bisher hält der Kommentar an dem Konzept fest, wesentliche Teile des Kapitalmarktrechts im Zusammenhang zu erläutern. Dazu zählen neben dem WpHG das Börsengesetz, das Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz und das Wertpapierprospektgesetz. In die Kommentierung dieses Gesetzes sind bereits die Änderungen durch das Gesetz zur weiteren Ausführung der EU-Prospektverordnung und zur Änderung von Finanzmarktgesetzen vom 8. Juli 2019 (BGBl. I S. 1002) einbezogen.

Das neue, oft in alle Einzelheiten reichende kapitalmarktrechtliche Regelwerk dient der Erhöhung der Transparenz und Integrität des Wertpapierhandels und damit auch dem Anlegerschutz. Ferner wird die Struktur der Handelsplattformen verbessert und eine Verlagerung des OTC-Geschäfts auf geregelte Handelsplätze gefördert. Das alles ist freilich mit einer umfassenden behördlichen Überwachung und hohen Kosten für die Finanzwirtschaft verbunden. Eine Überprüfung der Passgenauigkeit und des Nutzens des neuen Rechts in angemessenem Zeitabstand wäre deshalb wünschenswert.

Der Kreis der Bearbeiter, zu dem mehrere Autoren hinzugewonnen werden konnten, setzt sich aus Wissenschaftlern und in der Praxis tätigen Kollegen zusammen. Auf fachkundige und unterstützende Mitarbeit zu einzelnen Abschnitten wird im Bearbeiterverzeichnis und in den Seitenunterschriften hingewiesen. Nicht allen, die am Zustandekommen des Kapitalmarktrechtskommentars beteiligt waren, kann hier namentlich gedankt werden. Die Herausgeber danken für die aufwendige Koordinierung der Kommentierungsbeiträge aber ausdrücklich den Wissenschaftlichen Mitarbeitern Jakob Bator, Thomas Pfeffermann und Julian Schmid. Sie sind für Hinweise und Kritik dankbar.

Berlin und Bonn, im August 2019

Eberhard Schwark
Daniel Zimmer

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Bearbeiterverzeichnis	XXV
Allgemeines Literaturverzeichnis	XXVII
Börsengesetz (BörsG)	1
Börsenzulassungs-Verordnung (BörsZulV)	465
Wertpapierprospektgesetz (WpPG)	485
Wertpapierhandelsgesetz (WpHG)	641
Marktmissbrauchsverordnung (MAR)	2073
Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz (WpÜG)	2855
Sachverzeichnis	3243


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Bearbeiterverzeichnis	XXV
Allgemeines Literaturverzeichnis	XXVII

Börsengesetz (BörsG)

Einleitung	2
Abschnitt 1. Allgemeine Bestimmungen über die Börse und ihre Organe	27
§ 1 Anwendungsbereich	27
§ 2 Börsen und weitere Begriffsbestimmungen	29
§ 3 Aufgaben und Befugnisse der Börsenaufsichtsbehörde	45
§ 3a Aufgaben und Befugnisse der Börsenaufsichtsbehörde zur Ausführung der Verordnung (EU) 2015/2365	74
§ 3b Meldung von Verstößen	79
§ 4 Erlaubnis	85
§ 4a Geschäftsleitung des Börsenträgers	102
§ 4b Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan des Börsenträgers	109
§ 5 Pflichten des Börsenträgers	114
§ 6 Inhaber bedeutender Beteiligungen	130
§ 7 Handelsüberwachungsstelle	149
§ 8 Zusammenarbeit	160
§ 9 Anwendbarkeit kartellrechtlicher Vorschriften	162
§ 10 Verschwiegenheitspflicht	173
§ 11 Untersagung der Preisfeststellung für ausländische Währungen	185
§ 12 Börsenrat	186
§ 13 Wahl des Börsenrates	193
§ 14 Börsenrat an Warenbörsen	194
§ 15 Leitung der Börse	194
§ 16 Börsenordnung	200
§ 17 Gebühren und Entgelte	205
§ 18 Sonstige Benutzung von Börseneinrichtungen	209
§ 19 Zulassung zur Börse	209
§ 19a Verantwortung des Handelsteilnehmers für Aufträge von mittelbaren Handelsteilnehmern	228
§ 20 Sicherheitsleistungen	228
§ 21 Externe Abwicklungssysteme	233
§ 22 Sanktionsausschuss	239
§ 22a Synchronisierung von im Geschäftsverkehr verwendeten Uhren	246
Abschnitt 2. Börsenhandel und Börsenpreisfeststellung	249
§ 23 Zulassung von Wirtschaftsgütern und Rechten	249
§ 24 Börsenpreis	253
§ 25 Aussetzung und Einstellung des Handels	274
§ 26 Verleitung zu Börsenspekulationsgeschäften	280
§ 26a Order-Transaktions-Verhältnis	289
§ 26b Mindestpreisänderungsgröße	293
§ 26c Market-Making-Systeme	300
§ 26d Algorithmische Handelssysteme und elektronischer Handel	307
§ 26e Informationen über die Ausführungsqualität	318
§ 26f Positionsmanagementkontrollen	320
§ 26g Übermittlung von Daten	322

Inhaltsverzeichnis

Abschnitt 3. Skontroführung und Transparenzanforderungen an Wertpapierbörsen	324
§ 27 Zulassung zum Skontroführer	324
§ 28 Pflichten des Skontroführers	342
§ 29 Verteilung der Skontren	350
§§ 30–31 entfallen	354
Abschnitt 4. Zulassung von Wertpapieren zum Börsenhandel	355
§ 32 Zulassungspflicht	355
§ 33 Einbeziehung von Wertpapieren in den regulierten Markt	381
§ 34 Ermächtigungen	385
§ 35 Verweigerung der Zulassung	386
§ 36 Zusammenarbeit in der Europäischen Union	388
§ 37 Staatliche Schuldverschreibungen	389
§ 38 Einführung	392
§ 39 Widerruf der Zulassung bei Wertpapieren	399
§ 40 Pflichten des Emittenten	416
§ 41 Auskunftserteilung	418
§ 42 Teilbereiche des regulierten Marktes mit besonderen Pflichten für Emittenten	420
§ 43 Verpflichtung des Insolvenzverwalters	424
§§ 44–47 entfallen	425
Abschnitt 5. Freiverkehr, KMU-Wachstumsmarkt und organisiertes Handelssystem	426
§ 48 Freiverkehr	426
§ 48a KMU-Wachstumsmarkt	433
§ 48b Organisiertes Handelssystem an einer Börse	435
Abschnitt 6. Straf- und Bußgeldvorschriften; Schlussvorschriften	438
§ 49 Strafvorschriften	438
§ 50 Bußgeldvorschriften	444
§ 50a Bekanntmachung von Maßnahmen	458
§ 51 Geltung für Wechsel und ausländische Zahlungsmittel	461
§ 52 Übergangsregelungen	462
Verordnung über die Zulassung von Wertpapieren zum regulierten Markt an einer Wertpapierbörse (Börsenzulassungs-Verordnung – BörsZulV)	
Erstes Kapitel. Zulassung von Wertpapieren zum regulierten Markt	467
Erster Abschnitt. Zulassungsvoraussetzungen	467
§ 1 Rechtsgrundlage des Emittenten	467
§ 2 Mindestbetrag der Wertpapiere	467
§ 3 Dauer des Bestehens des Emittenten	468
§ 4 Rechtsgrundlage der Wertpapiere	469
§ 5 Handelbarkeit der Wertpapiere	469
§ 6 Stückelung der Wertpapiere	470
§ 7 Zulassung von Wertpapieren einer Gattung oder einer Emission	470
§ 8 Druckausstattung der Wertpapiere	472
§ 9 Streuung der Aktien	472
§ 10 Emittenten aus Drittstaaten	474
§ 11 Zulassung von Wertpapieren mit Umtausch- oder Bezugsrecht	474
§ 12 Zulassung von Zertifikaten, die Aktien vertreten	475
Zweiter Abschnitt.	476
§§ 13–47	476
Dritter Abschnitt. Zulassungsverfahren	476
§ 48 Zulassungsantrag	476
§ 48a Veröffentlichung eines Basisprospekts	477
§ 49 [aufgehoben]	478
§ 50 Zeitpunkt der Zulassung	478
§ 51 Veröffentlichung der Zulassung	478
§ 52 Einführung	479

Inhaltsverzeichnis

Zweites Kapitel. Pflichten des Emittenten zugelassener Wertpapiere	481
Erster Abschnitt.	481
§§ 53–62 [aufgehoben]	481
Zweiter Abschnitt. Sonstige Pflichten	481
§§ 63–68 [aufgehoben]	481
§§ 69–72a BörsZulV	481
§ 69 Zulassung später ausgegebener Aktien	481
§ 70 [aufgehoben]	481
Drittes Kapitel. Schlussvorschriften	482
§ 71 [aufgehoben]	482
§ 72 Allgemeine Bestimmungen über Jahresabschlüsse	482
§ 72a Übergangsvorschrift	482
§ 73 (Inkrafttreten)	484

Gesetz über die Erstellung, Billigung und Veröffentlichung des Prospekts, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei der Zulassung von Wertpapieren zum Handel an einem organisierten Markt zu veröffentlichen ist (Wertpapierprospektgesetz – WpPG)

Abschnitt 1. Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	486
§ 1 Anwendungsbereich	486
§ 2 Begriffsbestimmungen	498
Abschnitt 2. Ausnahmen von der Prospektpflicht und Regelungen zum Wertpapier-Informationsblatt	512
§ 3 Ausnahmen von der Verpflichtung zur Veröffentlichung eines Prospekts	512
§ 4 Wertpapier-Informationsblatt; Verordnungsermächtigung	514
§ 5 Übermittlung des Wertpapier-Informationsblatts an die Bundesanstalt; Frist und Form der Veröffentlichung	533
§ 6 Einzelanlageschwellen für nicht qualifizierte Anleger	536
§ 7 Werbung für Angebote, für die ein Wertpapier-Informationsblatt zu veröffentlichen ist	540
Abschnitt 3. Prospekthaftung und Haftung bei Wertpapier-Informationsblättern ..	549
§ 8 Prospektverantwortliche	549
§ 9 Haftung bei fehlerhaftem Börsenzulassungsprospekt	550
§ 10 Haftung bei sonstigem fehlerhaftem Prospekt	569
§ 11 Haftung bei fehlerhaftem Wertpapier-Informationsblatt	571
§ 12 Haftungsausschluss bei fehlerhaftem Prospekt	575
§ 13 Haftungsausschluss bei fehlerhaftem Wertpapier-Informationsblatt	583
§ 14 Haftung bei fehlendem Prospekt	586
§ 15 Haftung bei fehlendem Wertpapier-Informationsblatt	590
§ 16 Unwirksame Haftungsbeschränkung; sonstige Ansprüche	593
Abschnitt 4. Zuständige Behörde und Verfahren	596
§ 17 Zuständige Behörde	596
§ 18 Befugnisse der Bundesanstalt	596
§ 19 Verschwiegenheitspflicht	610
§ 20 Sofortige Vollziehung	612
Abschnitt 5 Sonstige Vorschriften	613
§ 21 Anerkannte Sprache	613
§ 22 Elektronische Einreichung, Aufbewahrung	616
§ 23 Gebühren und Auslagen	617
§ 24 Bußgeldvorschriften	619
§ 25 Maßnahmen bei Verstößen	634
§ 26 Datenschutz	636
§ 27 Übergangsbestimmungen zur Aufhebung des Verkaufsprospektgesetzes	637

Inhaltsverzeichnis

§ 28 Übergangsbestimmungen zum Gesetz zur weiteren Ausführung der EU-Prospektverordnung und zur Änderung von Finanzmarktgesetzen	638
§ 32 <i>Auskunftspflicht von Wertpapierdienstleistungsunternehmen</i>	639

Gesetz über den Wertpapierhandel (Wertpapierhandelsgesetz – WpHG)

Einleitung	644
Abschnitt 1. Anwendungsbereich, Begriffsbestimmungen	652
§ 1 Anwendungsbereich	652
§ 2 Begriffsbestimmungen	656
§ 3 Ausnahmen; Verordnungsermächtigung	753
§ 4 Wahl des Herkunftsstaates; Verordnungsermächtigung	774
§ 5 Veröffentlichung des Herkunftsstaates; Verordnungsermächtigung	777
Abschnitt 2. Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht	779
§ 6 Aufgaben und allgemeine Befugnisse der Bundesanstalt	779
§ 7 Herausgabe von Kommunikationsdaten	810
§ 8 Übermittlung und Herausgabe marktbezogener Daten; Verordnungsermächtigung	817
§ 9 Verringerung und Einschränkung von Positionen oder offenen Forderungen	822
§ 10 Besondere Befugnisse nach der Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 und der Verordnung (EU) 2016/1011	825
§ 11 Anzeige strafatbegründender Tatsachen (§ 4 Abs. 5 WpHG aF)	837
§ 12 Adressaten einer Maßnahme wegen möglichen Verstoßes gegen Artikel 14 oder 15 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014	838
§ 13 Sofortiger Vollzug (§ 4 Abs. 7 WpHG aF)	840
§ 14 Befugnisse zur Sicherung des Finanzsystems	841
§ 15 Produktintervention	850
§ 16 Wertpapierrat	863
§ 17 Zusammenarbeit mit anderen Behörden im Inland	865
§ 18 Zusammenarbeit mit zuständigen Stellen im Ausland; Verordnungsermächtigung	873
§ 19 Zusammenarbeit mit der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde	890
§ 20 Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission im Rahmen des Energiewirtschaftsgesetzes	894
§ 21 Verschwiegenheitspflicht	895
§ 22 Meldepflichten	913
§ 23 Anzeige von Verdachtsfällen	936
§ 24 Verpflichtung des Insolvenzverwalters	949
Abschnitt 3. Marktmissbrauchsüberwachung	955
§ 25 Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 auf Waren und ausländische Zahlungsmittel	955
§ 26 Übermittlung von Insiderinformationen und von Eigengeschäften; Verordnungsermächtigung	955
§ 27 Aufzeichnungspflichten	960
§ 28 Überwachung der Geschäfte der bei der Bundesanstalt Beschäftigten	962
Abschnitt 4. Ratingagenturen	966
§ 29 Zuständigkeit im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009	966
Anhang zu § 29	970
Abschnitt 5. OTC-Derivate und Transaktionsregister	1030
§ 30 Überwachung des Clearings von OTC-Derivaten und Aufsicht über Transaktionsregister	1030
§ 31 Mitteilungspflichten nichtfinanzieller Gegenparteien	1040
§ 32 Prüfung der Einhaltung bestimmter Pflichten der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 und der Verordnung (EU) Nr. 600/2014	1044
Abschnitt 6. Mitteilung, Veröffentlichung und Übermittlung von Veränderungen des Stimmrechtsanteils an das Unternehmensregister	1052
§ 33 Mitteilungspflichten des Meldepflichtigen	1071
§ 34 Zurechnung von Stimmrechten	1085
§ 35 Tochterunternehmenseigenschaft; Verordnungsermächtigung	1104

Inhaltsverzeichnis

§ 36	Nichtberücksichtigung von Stimmrechten	1113
§ 37	Mitteilung durch Mutterunternehmen; Verordnungsermächtigung	1123
§ 38	Mitteilungspflichten beim Halten von Instrumenten; Verordnungsermächtigung	1125
§ 39	Mitteilungspflichten bei Zusammenrechnung; Verordnungsermächtigung	1140
§ 40	Veröffentlichungspflichten des Emittenten und Übermittlung an das Unternehmensregister	1142
§ 41	Veröffentlichung der Gesamtzahl der Stimmrechte und Übermittlung an das Unternehmensregister	1145
§ 42	Nachweis mitgeteilter Beteiligungen	1148
§ 43	Mitteilungspflichten für Inhaber wesentlicher Beteiligungen	1150
§ 44	Rechtsverlust	1156
§ 45	Richtlinien der Bundesanstalt	1165
§ 46	Befreiungen; Verordnungsermächtigung	1166
§ 47	Handelstage	1169
Abschnitt 7. Notwendige Informationen für die Wahrnehmung von Rechten aus Wertpapieren		1170
§ 48	Pflichten der Emittenten gegenüber Wertpapierinhabern	1173
§ 49	Veröffentlichung von Mitteilungen und Übermittlung im Wege der Datenfernübertragung	1184
§ 50	Veröffentlichung zusätzlicher Angaben und Übermittlung an das Unternehmensregister; Verordnungsermächtigung	1194
§ 51	Befreiung	1198
§ 52	Ausschluss der Anfechtung	1199
Abschnitt 8. Leerverkäufe und Geschäfte in Derivaten		1201
§ 53	Überwachung von Leerverkäufen; Verordnungsermächtigung	1201
Abschnitt 9. Positionslimits und Positionsmanagementkontrollen bei Warenderivaten und Positionsmeldungen		1211
§ 54	Positionslimits und Positionsmanagementkontrollen	1215
§ 55	Positionslimits bei europaweit gehandelten Derivaten	1222
§ 56	Anwendung von Positionslimits	1224
§ 57	Positionsmeldungen; Verordnungsermächtigung	1226
Abschnitt 10. Organisationspflichten von Datenbereitstellungsdiensten		1229
§ 58	Organisationspflichten für genehmigte Veröffentlichungssysteme	1231
§ 59	Organisationspflichten für Bereitsteller konsolidierter Datenticker	1236
§ 60	Organisationspflichten für genehmigte Meldemechanismen	1239
§ 61	Überwachung der Organisationspflichten	1241
§ 62	Prüfung der Organisationspflichten; Verordnungsermächtigung	1241
Abschnitt 11. Verhaltenspflichten, Organisationspflichten, Transparenzpflichten		1243
§ 63	Allgemeine Verhaltensregeln; Verordnungsermächtigung	1254
§ 64	Besondere Verhaltensregeln bei der Erbringung von Anlageberatung und Finanzportfolioverwaltung; Verordnungsermächtigung	1375
§ 65	Selbstauskunft bei der Vermittlung des Vertragsschlusses über eine Vermögensanlage im Sinne des § 2a des Vermögensanlagengesetzes	1448
§ 65a	Selbstauskunft bei der Vermittlung des Vertragsschlusses über Wertpapiere im Sinne des § 6 des Wertpapierprospektgesetzes	1452
§ 66	Ausnahmen für Immobilien-Verbraucherdarlehensverträge	1454
§ 67	Kunden; Verordnungsermächtigung	1454
§ 68	Geschäfte mit geeigneten Gegenparteien; Verordnungsermächtigung	1480
§ 69	Bearbeitung von Kundenaufträgen; Verordnungsermächtigung	1486
§ 70	Zuwendungen und Gebühren; Verordnungsermächtigung	1500
§ 71	Erbringung von Wertpapierdienstleistungen und Wertpapiernebenleistungen über ein anderes Wertpapierdienstleistungsunternehmen	1552
§ 72	Betrieb eines multilateralen Handelssystems oder eines organisierten Handelssystems	1555
§ 73	Aussetzung des Handels und Ausschluss von Finanzinstrumenten	1576
§ 74	Besondere Anforderungen an multilaterale Handelssysteme	1582
§ 75	Besondere Anforderungen an organisierte Handelssysteme	1585
§ 76	KMU-Wachstumsmärkte; Verordnungsermächtigung	1594
§ 77	Direkter elektronischer Zugang	1599
§ 78	Handeln als General-Clearing-Mitglied	1608
		XIII

Inhaltsverzeichnis

§ 79	Mitteilungspflicht von systematischen Internalisierern	1610
§ 80	Organisationspflichten; Verordnungsermächtigung	1618
§ 81	Geschäftsleiter	1687
§ 82	Bestmögliche Ausführung von Kundenaufträgen	1695
§ 83	Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten	1720
§ 84	Vermögensverwahrung und Finanzsicherheiten; Verordnungsermächtigung	1732
§ 85	Anlagestrategieempfehlungen und Anlageempfehlungen; Verordnungsermächtigung	1745
§ 86	Anzeigepflicht	1762
§ 87	Einsatz von Mitarbeitern in der Anlageberatung, als Vertriebsbeauftragte, in der Finanzportfolioverwaltung oder als Compliance-Beauftragte; Verordnungsermächtigung	1765
§ 88	Überwachung der Meldepflichten und Verhaltensregeln	1787
§ 89	Prüfung der Meldepflichten und Verhaltensregeln; Verordnungsermächtigung	1791
§ 90	Unternehmen, organisierte Märkte und multilaterale Handelssysteme mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum	1798
§ 91	Unternehmen mit Sitz in einem Drittstaat	1807
§ 92	Werbung der Wertpapierdienstleistungsunternehmen	1812
§ 93	Register Unabhängiger Honorar-Anlageberater; Verordnungsermächtigung	1815
§ 94	Bezeichnungen zur Unabhängigen Honorar-Anlageberatung	1819
§ 95	Ausnahmen	1823
§ 96	Strukturierte Einlagen	1824
Abschnitt 12. Haftung für falsche und unterlassene Kapitalmarktinformationen		1829
§ 97	Schadenersatz wegen unterlassener unverzüglicher Veröffentlichung von Insiderinformationen	1829
§ 98	Schadenersatz wegen Veröffentlichung unwahrer Insiderinformationen	1829
Abschnitt 13. Finanztermingeschäfte		1883
§ 99	Ausschluss des Einwands nach § 762 des Bürgerlichen Gesetzbuchs	1883
§ 100	Verbotene Finanztermingeschäfte	1884
Abschnitt 14. Schiedsvereinbarungen		1888
§ 101	Schiedsvereinbarungen	1888
Abschnitt 15. Märkte für Finanzinstrumente mit Sitz außerhalb der Europäischen Union		1893
§ 102	Erlaubnis	1893
§ 103	Versagung der Erlaubnis	1902
§ 104	Aufhebung der Erlaubnis	1904
§ 105	Untersagung	1904
Abschnitt 16. Überwachung von Unternehmensabschlüssen, Veröffentlichung von Finanzberichten		1906
Unterabschnitt 1. Überwachung von Unternehmensabschlüssen		1906
§ 106	Prüfung von Unternehmensabschlüssen und -berichten	1911
§ 107	Anordnung einer Prüfung der Rechnungslegung und Ermittlungsbefugnisse der Bundesanstalt	1914
§ 108	Befugnisse der Bundesanstalt im Falle der Anerkennung einer Prüfstelle	1922
§ 109	Ergebnis der Prüfung von Bundesanstalt oder Prüfstelle	1924
§ 110	Mitteilungen an andere Stellen	1930
§ 111	Internationale Zusammenarbeit	1931
§ 112	Widerspruchsverfahren	1932
§ 113	Beschwerde	1934
Unterabschnitt 2. Veröffentlichung und Übermittlung von Finanzberichten an das Unternehmensregister		1934
§ 114	Jahresfinanzbericht; Verordnungsermächtigung	1936
§ 115	Halbjahresfinanzbericht; Verordnungsermächtigung	1951
§ 116	Zahlungsbericht; Verordnungsermächtigung	1966
§ 117	Konzernabschluss	1971
§ 118	Ausnahmen; Verordnungsermächtigung	1974

Inhaltsverzeichnis

Abschnitt 17. Straf- und Bußgeldvorschriften	1981
§ 119 Strafvorschriften	1981
§ 120 Bußgeldvorschriften; Verordnungsermächtigung	2009
§ 121 WpHG Zuständige Verwaltungsbehörde	2049
§ 122 WpHG Beteiligung der Bundesanstalt und Mitteilungen in Strafsachen	2051
§ 123 WpHG Bekanntmachung von Maßnahmen	2053
§ 124 WpHG Bekanntmachung von Maßnahmen und Sanktionen wegen Verstößen gegen Transparenzpflichten	2058
§ 125 WpHG Bekanntmachung von Maßnahmen und Sanktionen wegen Verstößen gegen die Verordnung (EU) Nr. 596/2014, die Verordnung (EU) 2015/2365 und die Verordnung (EU) 2016/1011	2060
§ 126 WpHG Bekanntmachung von Maßnahmen und Sanktionen wegen Verstößen gegen Vorschriften der Abschnitte 9 bis 11 und gegen die Verordnung (EU) Nr. 600/2014 ..	2062
Abschnitt 18. Übergangsbestimmungen	2065
§ 127 Erstmalige Mitteilungs- und Veröffentlichungspflichten	2065
§ 128 Übergangsregelung für die Mitteilungs- und Veröffentlichungspflichten zur Wahl des Herkunftsstaats	2068
§ 129 Übergangsregelung für die Kostenerstattungspflicht nach § 11 der bis zum 2. Januar 2018 gültigen Fassung dieses Gesetzes	2068
§ 130 Übergangsregelung für die Mitteilungs- und Veröffentlichungspflichten für Inhaber von Netto-Leerverkaufspositionen nach § 30i in der Fassung dieses Gesetzes vom 6. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2481)	2068
§ 131 Übergangsregelung für die Verjährung von Ersatzansprüchen nach § 37a der bis zum 4. August 2009 gültigen Fassung dieses Gesetzes	2069
§ 132 Anwendungsbestimmung für das Transparenzrichtlinie-Umsetzungsgesetz	2069
§ 133 Anwendungsbestimmung für § 34 der bis zum 2. Januar 2018 gültigen Fassung dieses Gesetzes	2069
§ 134 Anwendungsbestimmung für das Gesetz zur Umsetzung der Transparenzrichtlinie- Änderungsrichtlinie	2069
§ 135 Übergangsvorschriften zur Verordnung (EU) Nr. 596/2014	2070
§ 136 Übergangsregelung zum CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz	2070
§ 137 Übergangsvorschrift für Verstöße gegen die §§ 38 und 39 in der bis zum Ablauf des 1. Juli 2016 geltenden Fassung dieses Gesetzes	2071
§ 138 Übergangsvorschrift zur Richtlinie 2014/65/EU über Märkte für Finanzinstrumente ..	2071
§ 139 Übergangsvorschriften zum Gesetz zur weiteren Ausführung der EU- Prospektverordnung und zur Änderung von Finanzmarktgesetzen	2072
Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Marktmissbrauch (Marktmissbrauchsverordnung) und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/6 EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinien 2003/124 EG, 2003/125 EG und 2004/72 EG der Kommission	
Einleitung MAR	2074
Kapitel 1. Allgemeine Bestimmungen	2075
Art. 1 Gegenstand	2075
Art. 2 Anwendungsbereich	2096
Art. 3 Begriffsbestimmungen	2107
Art. 4 Meldungen und Liste der Finanzinstrumente	2110
Art. 5 Ausnahmen für Rückkaufprogramme und Stabilisierungsmaßnahmen	2113
Art. 6 Ausnahme für Maßnahmen im Rahmen der Geldpolitik, der Staatschuldenverwaltung und der Klimapolitik	2137
Kapitel 2. Insiderinformationen, Insidergeschäfte, unrechtmäßige Offenlegung von Insiderinformationen und Marktmanipulation	2143
Art. 7 Insiderinformationen	2143
Art. 8 Insidergeschäfte	2249
Art. 9 Legitime Handlungen	2288
Art. 10 Unrechtmäßige Offenlegung von Insiderinformationen	2325
	XV

Inhaltsverzeichnis

Art. 11	Marktsondierungen	2357
Art. 12	Marktmanipulation	2398
Art. 13	Zulässige Marktpraxis	2461
Art. 14	Verbot von Insidergeschäften und unrechtmäßiger Offenlegung von Insiderinformationen	2469
Art. 15	Verbot der Marktmanipulation	2485
Art. 16	Vorbeugung und Aufdeckung von Marktmissbrauch	2501
Kapitel 3. Offenlegungsvorschriften		2521
Art. 17	Veröffentlichung von Insiderinformationen	2521
Art. 18	Insiderliste	2625
Art. 19	Eigengeschäfte von Führungskräften	2652
Art. 20	Anlageempfehlungen und Statistik	2741
Art. 21	Weitergabe oder Verbreitung von Informationen in den Medien	2775
Kapitel 4. ESMA und zuständige Behörden		2787
Art. 22	Zuständige Behörden	2787
Art. 23	Befugnisse der zuständigen Behörden	2788
Art. 24	Zusammenarbeit mit der ESMA	2796
Art. 25	Verpflichtung zur Zusammenarbeit	2797
Art. 26	Zusammenarbeit mit Drittstaaten	2802
Art. 27	Berufsgeheimnis	2804
Art. 28	Datenschutz	2807
Art. 29	Übermittlung personenbezogener Daten in Drittstaaten	2808
Kapitel 5. Verwaltungsrechtliche Maßnahmen und Sanktionen		2811
Art. 30	Verwaltungsrechtliche Sanktionen und andere verwaltungsrechtliche Maßnahmen	2811
Art. 31	Wahrnehmung der Aufsichtsbefugnisse und Verhängung von Sanktionen	2829
Art. 32	Meldung von Verstößen	2834
Art. 33	Informationsaustausch mit der ESMA	2841
Art. 34	Veröffentlichung von Entscheidungen	2843
Kapitel 6. Delegierte Rechtsakte und Durchführungsakte		2851
Art. 35	Ausübung der Befugnisübertragung	2851
Art. 36	Ausschussverfahren	2851
Art. 37	Aufhebung der Richtlinie 2003/6/EG und ihrer Durchführungsmaßnahmen	2851
Kapitel 7. Schlussbestimmungen		2852
Art. 38	Bericht	2852
Art. 39	Inkrafttreten und Geltung	2852

Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz (WpÜG)

Einleitung	2857
Abschnitt 1. Allgemeine Vorschriften	2866
§ 1 Anwendungsbereich	2866
§ 2 Begriffsbestimmungen	2870
§ 3 Allgemeine Grundsätze	2879
Abschnitt 2. Zuständigkeit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht	2884
§ 4 Aufgaben und Befugnisse	2884
§ 5 Beirat	2891
§ 6 Widerspruchsausschuss	2893
§ 7 Zusammenarbeit mit Aufsichtsbehörden im Inland	2895
§ 8 Zusammenarbeit mit zuständigen Stellen im Ausland	2897
§ 9 Verschwiegenheitspflicht	2900
Abschnitt 3. Angebote zum Erwerb von Wertpapieren	2906
§ 10 Veröffentlichung der Entscheidung zur Abgabe eines Angebots	2906
§ 11 Angebotsunterlage	2913
§ 11a Europäischer Pass	2921
§ 12 Haftung für die Angebotsunterlage	2923

Inhaltsverzeichnis

§ 13	Finanzierung des Angebots	2929
§ 14	Übermittlung und Veröffentlichung der Angebotsunterlage	2935
§ 15	Untersagung des Angebots	2940
§ 16	Annahmefristen; Einberufung der Hauptversammlung	2943
§ 17	Unzulässigkeit der öffentlichen Aufforderung zur Abgabe von Angeboten	2951
§ 18	Bedingungen; Unzulässigkeit des Vorbehalts des Rücktritts und des Widerrufs	2952
§ 19	Zuteilung bei einem Teilangebot	2957
§ 20	Handelsbestand	2959
§ 21	Änderung des Angebots	2963
§ 22	Konkurrierende Angebote	2971
§ 23	Veröffentlichungspflichten des Bieters nach Abgabe des Angebots	2975
§ 24	Grenzüberschreitende Angebote	2981
§ 25	Beschluss der Gesellschafterversammlung des Bieters	2985
§ 26	Sperrfrist	2987
§ 27	Stellungnahme des Vorstands und Aufsichtsrats der Zielgesellschaft	2990
§ 28	Werbung	2998
Abschnitt 4. Übernahmeangebote		3002
§ 29	Begriffsbestimmungen	3003
§ 30	Zurechnung von Stimmrechten; Verordnungsermächtigung	3022
§ 31	Gegenleistung	3038
§ 32	Unzulässigkeit von Teilangeboten	3087
§ 33	Handlungen des Vorstands der Zielgesellschaft	3096
§ 33a	Europäisches Verhinderungsverbot	3107
§ 33b	Europäische Durchbrechungsregel	3113
§ 33c	Vorbehalt der Gegenseitigkeit	3120
§ 33d	Verbot der Gewährung ungerechtfertigter Leistungen	3124
§ 34	Anwendung der Vorschriften des Abschnitts 3	3126
Abschnitt 5. Pflichtangebote		3127
§ 35	Verpflichtung zur Veröffentlichung und zur Abgabe eines Angebots	3127
§ 36	Nichtberücksichtigung von Stimmrechten	3139
§ 37	Befreiung von der Verpflichtung zur Veröffentlichung und zur Abgabe eines Angebots	3144
§ 38	Anspruch auf Zinsen	3151
§ 39	Anwendung der Vorschriften des Abschnitts 3 und 4	3154
Abschnitt 5a. Ausschluss, Andienungsrecht		3157
§ 39a	Ausschluss der übrigen Aktionäre	3158
§ 39b	Ausschlussverfahren	3169
§ 39c	Andienungsrecht	3177
Abschnitt 6. Verfahren		3182
§ 40	Ermittlungsbefugnisse der Bundesanstalt	3182
§ 41	Widerspruchsverfahren	3184
§ 42	Sofortige Vollziehbarkeit	3187
§ 43	Bekanntgabe und Zustellung	3187
§ 44	Veröffentlichungsrecht der Bundesanstalt	3188
§ 45	Mitteilungen an die Bundesanstalt	3189
§ 46	Zwangsmittel	3190
§ 47	Gebühren und Auslagen	3192
Abschnitt 7. Rechtsmittel		3195
§ 48	Statthaftigkeit, Zuständigkeit	3195
§ 49	Aufschiebende Wirkung	3199
§ 50	Anordnung der sofortigen Vollziehung	3200
§ 51	Frist und Form	3203
§ 52	Beteiligte am Beschwerdeverfahren	3205
§ 53	Anwaltszwang	3206
§ 54	Mündliche Verhandlung	3206
§ 55	Untersuchungsgrundsatz	3207
§ 56	Beschwerdeentscheidung; Vorlagepflicht	3208
§ 57	Akteneinsicht	3212
§ 58	Geltung von Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Zivilprozessordnung	3214

Inhaltsverzeichnis

Abschnitt 8. Sanktionen	3215
§ 59 Rechtsverlust	3215
§ 60 Bußgeldvorschriften	3224
§ 61 Zuständige Verwaltungsbehörde	3236
§ 62 Zuständigkeit des Oberlandesgerichts im gerichtlichen Verfahren	3237
§ 63 Rechtsbeschwerde zum Bundesgerichtshof	3238
§ 64 Wiederaufnahme gegen Bußgeldbescheid	3238
§ 65 Gerichtliche Entscheidung bei der Vollstreckung	3238
Abschnitt 9. Gesetzliche Zuständigkeit, Übergangsregelungen	3240
§ 66 Gerichte für Wertpapiererwerbs- und Übernahmesachen	3240
§ 67 Senat für Wertpapiererwerbs- und Übernahmesachen beim Oberlandesgericht	3242
§ 68 Übergangsregelungen	3242
Sachverzeichnis	3243


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG